

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Mag. Reifenberger

und weiterer Abgeordneter

betreffend Überarbeitung der „Österreichischen Sicherheitsstrategie“

eingebracht im Zuge der Debatte über TOP 11, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1669 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2023 (Bundesfinanzgesetz 2023 – BFG 2023) samt Anlagen (1787 d.B.), Untergliederung 14 – Militärische Angelegenheiten, in der 183. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 17. November 2022

Die Auszahlungen im Budget 2023 der UG 14 sind im BVA-E 2023 mit 3.317,9 Mio Euro veranschlagt. Die Hauptaufgaben der UG14 sind die militärische Landesverteidigung sowie der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handelsfähigkeit sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren, die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und die Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe.

Dem Budgetbericht 2023 konnte entnommen werden:

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine stellt eine sicherheitspolitische Zäsur in Europa dar. Die seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa existierende Friedensordnung wurde damit in ihren Grundfesten erschüttert. Diese Entwicklung bringt neue, weitreichende Herausforderungen mit sich und verlangt eine Neubeurteilung der bisherigen Sicherheitsstrategie Europas und Österreichs.

Schon die Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021 besagt:

Zu Beginn des Jahres 2021 ist eine qualitative Veränderung in der Beurteilung der Risikolage Österreichs festzustellen. Die Sicherheitslage Österreichs ist nicht mehr bloß von einer allgemeinen und eher abstrakten Verschlechterung der Lage gekennzeichnet, vielmehr sind mehrere der bislang nur prognostizierten Szenarien nunmehr auch tatsächlich eingetreten.

Die Bundesregierung nahm am 1. März 2011 den Bericht über eine österreichische Sicherheitsstrategie zustimmend zur Kenntnis, in weiterer Folge wurde diese im Parlament bis 2013 diskutiert. Diese Sicherheitsstrategie beruht auf Informationen und Beurteilungen aus dem Jahr 2010 und ist somit mehr als veraltet und überholt. In der Ukraine führen Streitkräfte mit starken Panzer-Verbänden und anderen schweren Waffensystemen mit massiver Artillerie- und Luftunterstützung einen konventionellen Krieg. Der 24. Februar 2022 hat einen europäischen Epochewechsel eingeleitet, dessen Konsequenz eine wesentlich verbesserte Verteidigungsfähigkeit Europas sein muss.

Die aktuellen und absehbaren Rahmenbedingungen für die Sicherheit Österreichs und der Europäischen Union unterscheiden sich grundlegend von jenen, die ein General im Mai 2020 in einem Hinterzimmer eines Nachtlokals Journalisten vorgestellt hat,

nämlich die Abschaffung der militärischen Landesverteidigung. Dass es eines Krieges in Europa bedurfte, um diese Bewusstseinsänderung bei den Regierungsparteien herbeizuführen, ist eine Tragik.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

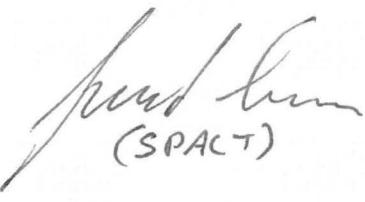
„Die Bundesregierung wird in Anbetracht des Krieges in Europa aufgefordert schnellstmöglich die immer noch gültige Sicherheitsstrategie unter Einbeziehung aller im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Parteien zu überarbeiten.“



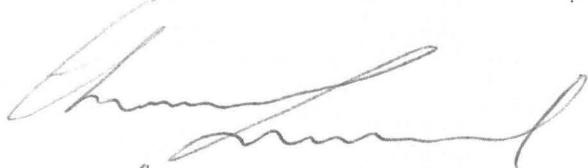
(REIFEMBERGER)



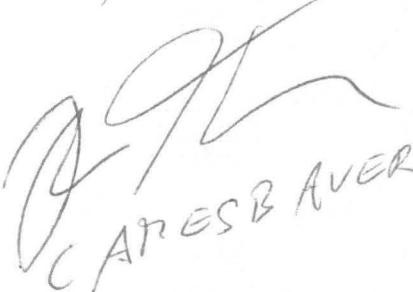
(RIES)



(SPALT)



(LAUSCH)



(ANESBAUER)

